

FA Mobilität und Stadtentwicklung (Beirat Neustadt)

Ergebnisprotokoll der öffentlichen Sitzung (Nr. 07/23-27)

vom 28.11.2024 von 18.30 Uhr bis 19:50 Uhr in der Aula der Wilhelm-Kaisen-Oberschule, Valckenburghstraße 1-3, 28201 Bremen

Anwesend: Lennart Härtlein, Christian Kok, Imran Rose, Julius Walther (ab 18:47 Uhr)

Beratend: Anke Maurer (BM, BSW), Lars Köke (BM, Die PARTEI)

Fehlend: Anna Katharina Hett, Renee Wagner (e), Vibke Martens (e), Johannes Osterkamp (e), Colin Nolte (e)

Referent:innen/Gäste: Herr Konradt (Unternehmer am Neuen Markt)

Vorsitz: Uwe Martin

Protokoll: Fionn Heinemann (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Abkürzungen: BM = Beiratsmitglied, BS = Beiratssprecher, OAL = Ortsamtsleitung, FA = Fachausschuss

Da zum eigentlichen Sitzungsbeginn nur drei stimmberechtigte FA-Mitglieder anwesend sind, teilt die OAL vor Eintritt in die Tagesordnung mit, dass noch keine Beschlussfähigkeit gegeben ist und daher mit der an TOP 4 vorgesehenen Präsentation als Infoveranstaltung begonnen wird.

Infoveranstaltung:

Herr Friedrich (Betreiber des Second-Hand-Ladens Defibrillator und der Drittel-Bar) stellt seine Ideen für eine Gestaltung sowie neue Nutzungsformen des Neuen Marktes anhand einer Präsentation vor.

Zur Entstehung seiner Ideen erläutert er zunächst Indikatoren, welche seines Erachtens einen lebendigen urbanen Platz ausmachen. Hierbei nennt er unter anderem die Stichpunkte Soziales, Vielfalt, Treffpunkt, Kultur, Gastronomie, Teilhabe, Kreativität und Ästhetik.

Im Folgenden geht er auf Potentiale des Platzes ein. Zur Umsetzung seiner Idee wurden insbesondere die Erdgeschossseinheiten in den Blick genommen. Zurzeit befinden sich hier sechs Büros, drei Wohnungen, zwei Friseure, zwei Bildungseinrichtungen, ein Leerstand und ein Einzelhandel.

Da sich eine Umgestaltung der vorhandenen Infrastruktur im Sinne der o.g. Indikatoren derzeit schwierig gestalten würde, sei die Idee für eine externe Infrastruktur in Form eines ausrangierten U-Bahn-Waggons entstanden. Dieser könnte (als kulturelles Einzelstück und in Verbindung mit einer Außengastronomie) z.B. als Kulturkiosk mit zusätzlichen Angeboten wie einer Tischtennisplatte und Sitzgelegenheiten fungieren. Um das gesellschaftliche Miteinander zu fördern und möglichst vielen Menschen einen Aufenthaltsort zu bieten, solle ein Angebot ohne Konsumzwang und mit hoher Aufenthaltsqualität entstehen. So könnten die Faktoren Vielfalt, Geselligkeit, Kultur, Gastronomie, Teilhabe, Kreativität und Ästhetik kombiniert werden.

Ein entsprechendes Angebot würde Zeiten bis spätestens 22 Uhr umfassen. Herr Friedrich betont zudem, dass die vorgestellten Pläne lediglich als Ideensammlung zu verstehen seien, Darüber hinaus sei es ihm ein Anliegen, niemandem vom Platz zu verdrängen. Insbesondere die Anwohnenden wolle er vor der Einleitung etwaiger nächster Schritte in seine Ideen einbeziehen.

Abschließend erklärt Herr Friedrich, dass er die Nutzung einer Erdgeschossseinheit (z.B. eines Leerstandes) bevorzugen würde. Dies gestalte sich rechtlich jedoch schwierig.

Im Anschluss an die Präsentation bedanken sich die FA-Mitglieder für die Präsentation.

Hier ergänzt Herr Friedrich, dass er seine Ideen auch in der Baubehörde vorgestellt und positives Feedback erhalten habe. Zudem sei hier auch auf die Einbeziehung des Beirates verwiesen worden.

FA-Mitglieder von DIE LINKE, BSW, B90/ Die Grünen und die PARTEI loben die Ideen und betonen die Wichtigkeit, Anwohnende mit einzubeziehen.

Ein Mitglied von DIE LINKE betont, dass die Nutzung des Leerstandes Vorrang haben sollte.

Der FA-Sprecher schlägt abschließend vor, einen Ortstermin mit Herrn Friedrich, Beiratsmitgliedern und Anwohnenden einzuberufen. Zudem solle der Flächennutzungsplan herangezogen werden, um weitere Möglichkeiten evaluieren, die Nutzungsform der Erdgeschossflächen zu ändern. Außerdem sollte geprüft werden, ob Ladenflächen kombiniert werden könnten, um die Ladenflächen für Betreibende attraktiver zu machen.

Anschließend könnte der FA das Vorhaben gegebenenfalls in Form eines entsprechenden Beschlusses unterstützen.

Im Anschluss an die Präsentation wird die Sitzung bei TOP 1 offiziell eröffnet.

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit der Sitzung und Genehmigung der Tagesordnung

Eingangs berichtet die OAL, dass die sachkundige Bürgerin Liselotte Niemetz nicht mehr beratendes Mitglied des Ausschusses ist. Stattdessen ist für die PARTEI nun Lars Köke (Beiratsmitglied) beratendes FA-Mitglied.

Außerdem verkündet die OAL, dass der Landesbehindertenbeauftragte kurzfristig seine Teilnahme abgesagt hat. Er habe jedoch signalisiert, bei der Befassung der Thematik „Barrierefreie Gestaltung der Werdersee-Terrassen“ gerne anwesend zu sein, daher regt die Sitzungsleitung an, Tagesordnungspunkt 6 auf eine der kommenden FA-Sitzungen zu vertagen. Die folgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Einer Vertagung des TOP 6 wird vom FA zugestimmt. (einstimmig)

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die vorgeschlagene Tagesordnung wird inklusive Änderung genehmigt. (einstimmig)

TOP 2. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 05.09.2024 (Nrn. 07/23-27)

Beschluss: Das Protokoll vom 05.09.2024 wird ohne Änderungen genehmigt. (einstimmig)

TOP 3. Bürger:innenanträge, Fragen, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

- Ein Bürger beschwert sich darüber, dass links der Weser keine polizeilichen Anzeigen mehr aufgegeben werden könne. Dies sei nur in Mitte, in der Vahr und Bremen-Nord möglich. Er bittet um Befassung im Beirat. Der anwesende Polizist erklärt, dass Anzeigen auch im Polizeikommissariat am Flughafen möglich seien. Für eine weitere Klärung wird der Bürger an die Polizeibehörde verwiesen.
- Mitglieder einer Elterninitiative zur Schulwegsicherheit der Grundschule Oderstraße erläutern, dass aus ihrer Sicht Maßnahmen zur Steigerung der Sicherheit von Kindern auf dem Schulweg ergriffen werden sollten. Insbesondere die Überquerung der Langemarckstraße stelle aufgrund der viel zu kurzen Grünphase für Fußgänger:innen eine Gefahr dar. Dies wird vom anwesenden Verkehrspolizisten bestätigt. Weiter monieren Mitglieder der Elterninitiative fehlende oder schlecht sichtbare Beschilderung. Auch, dass die Erweiterung des Parkverbotes auf der Elbstraße nicht bis zur Kreuzung Oderstraße erweitert wurde, wird kritisiert.

Die OAL verweist auf den [Beschluss des Fachausschusses vom 30.11.2024](#), welcher das Ergebnis eines Ortstermins mit Elternvertretern, Ortsamt, Amt für Straßen und Verkehr (ASV) und Beiratsmitgliedern darstellt. Dieser Beschluss enthält eine Vielzahl von Maßnahmen zur Steigerung der Schulwegesicherheit, jedoch hätten nicht alle Maßnahmen umgesetzt werden können.

Die Elternvertreter entgegnen, dass die Situation aus ihrer Sicht nicht zufriedenstellend gelöst worden sei.

Auch der FA-Sprecher verweist darauf, dass Teile des Beschlusses abgelehnt worden seien. Die OAL verweist abschließend auf einen zeitnahen Jour fixe von Ortsamt, ASV und Polizei, bei dem mögliche Maßnahmen und insbesondere die zu kurze Grünphase der Ampel Langemarckstraße nochmals zur Sprache gebracht werden.

- Ein Bürger beschwert sich über den Zustand des Fahrradweges in der Erlenstraße (zwischen Langemarckstraße und Friedrich-Ebert-Straße). Hier bestehe dringender Handlungsbedarf, was von mehreren FA-Mitgliedern bestätigt wird. Zur kurzfristigen Minderung der Problematik schlägt der Bürger vor, die tiefen Löcher im Weg mit Split aufzufüllen. Die OAL sagt zu, auch diese Problematik beim oben genannten Jour fixe mit Ortsamt, ASV und Polizei anzusprechen, um Lösungen zu eruieren.

TOP 4. Vorstellung Wiederbelebung Neuer Markt

Als Infoveranstaltung zu Beginn der Sitzung (s.o.)

TOP 5. Bürgeranliegen: Verkehrssituation in der Elbstraße

Eine Bürgerin hatte sich im Vorfeld der Sitzung darüber beschwert, dass die Zufahrt von der Neuenlanderstraße zur Hohentorsheerstraße gesperrt wurde. Dieses habe zur Folge, dass die einspurige Elbstraße (zweite Hälfte zwischen Neuenlanderstraße und Erlenstraße) als Ausweichstrecke für den Pendlerverkehr, der über die Neuenlanderstraße in Richtung Innenstadt unterwegs ist, genutzt werde. Gerade zu Hauptverkehrszeiten sei das Verkehrsaufkommen sehr hoch.

Vonseiten des Ortsamtes wurde der Bürgerin mitgeteilt, dass der Beirat die Sperrung der Zufahrt seinerzeit befürwortet hat.

Zudem beschwert sich die Anwohnerin über die Erweiterung des Parkverbotes rund um die Schule, da es die Durchfahrt für den Pendlerverkehr noch einmal attraktiver mache. Die Maßnahme geht auf den oben genannten [Beschluss des Fachausschusses vom 30.11.2023](#) zurück. Mit der Maßnahme sollte die Einsehbarkeit der Straße erhöht werden, damit insbesondere Schulkindern das Queren der Straße erleichtert wird.

Vonseiten des FA-Sprechers wird hier kein weiterer Handlungsbedarf gesehen.

Die OAL verweist auf das unter TOP 3 vorgetragene Bürgeranliegen und den Jour fixe mit Ortsamt, ASV und Polizei.

TOP 6. Bürgeranliegen: Ampel-/Straßenübergangssituation Haltestelle Hochschule Bremen

Zum Tagesordnungspunkt liegt ein [Beschlussvorschlag](#) der Fraktionen DIE LINKE & B90 / Die Grünen vor. Zunächst wird die Problematik vom FA-Sprecher erläutert.

Beschluss: Der Beirat Neustadt fordert das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) auf, die zwei Fußgängerampeln zur Querung der Langemarckstraße an der Haltestelle Hochschule Bremen durch zwei Fußgängerüberwege zu ersetzen und diese auch über die Radwege zu führen. Die Überwege sind (mit Hilfe von Schildern) gut einsehbar zu gestalten. Der Beirat bittet zudem um eine Kostenschätzung, um diese Maßnahme ggf. aus dem Stadtteilbudget Verkehr zu finanzieren.

Begründung: Der Beirat Neustadt greift hiermit ein Bürgerinnenanliegen vom 26.09.2024 auf. Aufgrund der Führung der Parkwege, der Hochschule und der ÖPNV-Haltestelle, herrscht an der betreffenden Stelle ein erhöhtes Aufkommen an Fußgänger:innen. Zudem sprechen aus Sicht des Beirates folgende Punkte für die oben genannte Maßnahme:

1. Momentan herrscht eine örtliche Gefahrenlage aufgrund von Geschwindigkeitsübertretungen auf der Langemarckstraße und vielen, sich zu Stoßzeiten und bei ÖPNV-Betrieb stauenden Fußgänger:innen, denen im Bereich der Haltestelle nicht genügend Platz zur Verfügung steht. Laut Unfallatlas gab es an der Stelle im Jahr 2023 drei Unfälle.
2. Der Fußverkehr wird durch diese Maßnahme eher dazu angeregt, die vorgesehene Querung zu nutzen und nicht an anderer Stelle zu queren, was das Unfallrisiko senken wird.
3. Die Maßnahme unterstützt die auf höherer Ebene angestrebte Stadtentwicklung indem der ÖPNV sowie der Fußverkehr mittels geringerer Wartezeiten attraktiver gemacht werden. Zudem wird die Erreichbarkeit des ÖPNV erhöht.
4. Die Trennwirkung der Langemarckstraße wird verringert, was insbesondere Parkbesucher:innen und Passant:innen zugutekommt.
5. Diese Maßnahme stellt eine Investition dar, da die Wartungskosten und Energiekosten für die Ampeln entfallen würden.
6. Die jetzigen Ampeln erlauben kein Queren der gesamten Straßen in einer Phase, was für einen attraktiven Fußverkehr inakzeptabel ist.
7. Kinder schauen dabei zu, wie die jetzigen Ampeln von großen Teilen der Fußgänger:innen ignoriert wird.
8. Die Erweiterung der Querung über den Radweg ist in Bremen unüblich, aber sinnvoll um den Radverkehr über die Querung zu informieren (vgl. StVO-VwV zu § 26 Fußgängerüberwege: „In der Regel sollen Fußgängerüberwege zum Schutz der Fußgänger auch über Radwege hinweg angelegt werden.“)
9. Der Verkehrsfluss des motorisierten Verkehrs auf der Langemarckstraße wird, außer bei Ein- und Ausstieg von besonders vielen ÖPNV-Nutzenden, verbessert. (einstimmig)

TOP 7. Bürgeranliegen: Verstetigung der beruhigten Verkehrssituation im Buntentorsteinweg

Die OAL berichtet, dass sich ein Bürger positiv über die verkehrsberuhigte Situation im Buntentorsteinweg geäußert habe, welche infolge der Sperrung und der Gleisbauarbeiten am Leibnizplatz entstanden sei. Der FA-Sprecher erklärt, sich im Rahmen der FA-Arbeit für eine Verbesserung der Verkehrssituation einzusetzen.

Ein Mitglied des ADFC erklärt, dass eine durchgehende Tempo-30-Regelung begrüßenswert sei und die Verkehrssicherheit für Radfahrende und Fußgänger:innen erhöhe.

TOP 8. Stadtteilbudget Verkehr: Bauliche Verengungen in der Hohentorsheerstraße

Zum Tagesordnungspunkt liegt ein [Beschlussvorschlag](#) der Fraktion DIE LINKE vor, welcher vom FA-Sprecher eingangs vorgestellt wird.

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt bis zu 40.000 € aus dem Stadtteilbudget Verkehr für vier einseitige Verengungen in der Hohentorsheerstraße bereit und bittet das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) um entsprechende Umsetzung. Hiermit nimmt der Beirat Bezug auf die folgenden Vorgänge:

- Ursprünglicher [Beschluss](#) vom 22.02.2024,
- Stellungnahme des ASV vom 15.05.2024,
- dem [Nachfolgebeschluss](#) vom 30.05.2024,
- Kostenschätzung des ASV am 11.09.2024

Begründung: Auf der Hohentorsheerstraße (im Einzugsgebiet der Grundschule Oderstraße mit ca. 250 Schülern) gilt Tempo 30. Diese Regelung wird (wie aus Messdaten einer Geschwindigkeitsmesstafel ersichtlich) jedoch häufig missachtet. Daher sollte die Geschwindigkeitsbegrenzung durch verkehrsberuhigende Maßnahmen ergänzt werden. Einseitige Verengungen stellen eine erwiesenermaßen wirksame Maßnahme zur Verkehrsberuhigung dar. Zudem ist festzustellen, dass die Hohentorsheerstraße trotz weiterer Maßnahmen (Einbahnstraßen- sowie Tempo-30-Regelung im südlichen Teil) viel Durchgangsverkehr aufweist. Der vom ASV benannte Effekt zur Verkehrsverlagerung ist vom Beirat erwünscht, da eine insgesamt Verringerung des Verkehrsaufkommens aufgrund induzierter Nachfrage zu erwarten ist. Laut Stellungnahme des ASV 15.05.2024 steht der Maßnahme aus verkehrsplanerischer Sicht nichts entgegen. (einstimmig)

TOP 9. Stadtteilbudget Verkehr: Nachbewilligung von Mitteln für die GMT Pappelstraße

Zum Tagesordnungspunkt liegt ein [Beschlussvorschlag](#) vor.

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt, zusätzlich zu den [am 05.09.2024 beschlossenen](#) 7.200 € weitere 800€ für zwei Geschwindigkeitsmesstafeln (GMT) in der Pappelstraße aus dem Stadtteilbudget Verkehr zur Verfügung. **Begründung:** Es liegt ein Angebot zur Umsetzung der Maßnahme vor, welches Gesamtkosten von annähernd 8.000 € umfasst. (einstimmig)

TOP 10. Errichtung einer Lichtsignalanlage im Kreuzungsbereich Habenhauser Landstr./Helene-Lange-Str.

Die OAL erläutert, dass sich der Sachverhalt, welcher auf ein Anliegen des Beirates Obervieland zurückging, mit Schreiben des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV) vorerst erledigt habe. Im Schreiben heißt es: „Mit Projektbeginn der Maßnahme Gartenstadt Werdersee im Jahre 2018, wurde im Ausfahrtbereich der Habenhauser Landstraße durch ein Verkehrsgutachten das Vorliegen der Anordnungsvoraussetzungen einer Fußgängerschutzanlage nachgewiesen. Kostenträger der Maßnahme ist laut Erschließungsvertrag die Projektgesellschaft Gartenstadt Werdersee mbH & Co. KG. Zwischen der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS) und der

Projektgesellschaft wurde vereinbart, dass die Lichtsignalanlage durch das Amt für Straßen und Verkehr installiert wird, sobald der Baufortschritt das ermöglicht. Bislang liegt dem Amt für Straßen und Verkehr (Referat 31) seitens der Projektgesellschaft weder eine Bedarfsanzeige für den Umsetzungsbeginn noch eine Kostenübernahmeerklärung für die Herstellung der Lichtsignalanlage vor. Unsererseits kann daher derzeit kein verbindlicher Termin zur Umsetzung genannt werden. Das Amt für Straßen und Verkehrs hat in der Sache Kontakt zu der Projektgesellschaft aufgenommen.“

TOP 11. Berichte des Amtes

<p>Bürgeranliegen vom 18.11.2024: Kornstraße/Ecke Kleiststraße Die Beschwerdeführerin und weitere Anwohnende berichteten, dass der Einmündungsbereich (Ausfahrt Kleiststraße auf die Kornstraße) fast dauerhaft zugeparkt werde. Die Bürgerin schlägt vor, das Zuparken der Straßenecke durch Fahrradbügel zu verhindern. Sollte dies nicht möglich sein, sollte eine andere Form der Sperrung erfolgen, die ein Parken im Einmündungsbereich verhindert.</p>	<p>→ Das Ortsamt klärt mit dem ASV die Möglichkeit, an der Ecke Fahrradbügel aufstellen zu lassen.</p>
<p>ASV: Sachstand bzgl. Rückfrage zur Herstellung von Minikreisverkehren in der Neustadt vom 27.05.2024: „Auch der Wegfall des Faktors „Bau der A281“ und dem Auslaufen der damit einhergehenden Umleitungsverkehre führt nicht zu einer Änderung der bereits in der Stellungnahme vom 27.05.2024 mitgeteilten grundsätzlichen Einschätzung aus verkehrsplanerischer Sicht. Die dort genannten wesentlichen weiteren Faktoren wie z. B. ÖV-Bevorrechtigung, Barrierefreiheit, Flächenverfügbarkeit etc. haben nach wie vor Bestand. Die vom Beirat gewünschte Umgestaltung wird daher auch weiterhin nicht befürwortet.“</p>	<p>→ zur Kenntnis genommen</p>
<p>Beantwortung von SBMS zu dem Beschluss des Beirates Neustadt (FA Mobs) vom 11.04.2024 („Parkraumbewirtschaftung zeitnah umsetzen“) In der Stellungnahme des heißt es unter anderem: „Die Möglichkeiten und Ziele, die wir beim Thema „Bewohnerparken und Parkraumbewirtschaftung“ zukünftig verfolgen wollen hängen eng davon ab, was uns das Gericht auferlegt und welchen Rahmen es uns setzt. Momentan können wir daher zu einzelnen Stadtteilen oder Quartieren keine belastbare Aussage treffen. Es wird zu entscheiden sein, welche strukturellen Maßnahmen im Verfahren wir insgesamt umsetzen wollen und darum, insgesamt eine effiziente Lösung zu finden. Daher möchten wir darum bitten, die Behandlung des Themas „Bewohnerparken/Parkraumbewirtschaftung“ auszusetzen, bis wir nach Vorliegen des schriftlichen Urteils und nach Klärung der daraus folgenden Notwendigkeiten sprachfähig sind.“</p>	<p>→ zur Kenntnis genommen</p>
<p>Bericht vom Ortstermin in der Lahnstraße am 28.10.2024 Die OAL berichtet, dass das Anliegen darauf zurückging, dass sich ein Bürger über die verengte Situation beschwert hatte, welche auf das Parken in zweiter Reihe zurückzuführen ist. Die Begründung des ASV besteht darin, dass die Verengung der Fahrbahn beabsichtigt ist, um zu schnelles Fahren zu verhindern. Für andere (bauliche) Maßnahmen stünden laut ASV keine finanziellen Mittel zur Verfügung.</p>	<p>→ zur Kenntnis genommen</p>
<p>Freigabe des Delmemarktes Der Umweltbetrieb Bremen hat mitgeteilt, dass die Bauarbeiten abgeschlossen sind und der Markt am 02.12.2024 wieder geöffnet ist. Zur Feier der Wiedereröffnung laden die Marktkaufleute am Nikolaustag alle Kund:innen zu einem weihnachtlichen Umtrunk mit Punsch, Keksen und Schokolade ein.</p>	<p>→ zur Kenntnis genommen</p>

TOP 12. Berichte aus dem Fachausschuss

-

TOP 13. Verschiedenes

- Ein Bürger bezieht sich nochmals auf die Hohentorsheerstraße (TOP 9) und regt an auf der Hohentorsheerstraße / Ecke Lahnstraße einen Hinweis auf Rechts vor Links auftragen zu lassen, da die Hohentorsheerstraße den Eindruck einer Vorfahrtsstraße erwecke. So könne zu schnelles Fahren bereits effektiv gemindert werden.
- Die OAL berichtet abschließend, dass seit Anbringung vieler vom Beirat finanzierter Geschwindigkeitsmesstafeln ein Rückgang von Beschwerden im Ortsamt über zu hohe Geschwindigkeiten zu verzeichnen ist.

Christian Kok
Ausschusssprecher

Uwe Martin
Sitzungsleitung

Fionn Heinemann
Protokoll